

Michèle Binswanger

Es sind Postings wie aus dem Neonazi-Darknet: Zu sehen sind Hitlergrüsse, Führer-Bilder, Hakenkreuze und die Aufforderung «Go to Auschwitz». Das alles stammt aber nicht aus dem Social-Media-Untergrund, sondern aus einem Chat von Schweizer Jugendlichen, wie Screenshots zeigen. «Meistens heisst es, dies sei humorvoll gemeint», sagt Roy Mor, dessen Sohn in einem der zitierten Chats war. «Die Jugendlichen verstehen nicht, was das für Juden bedeutet. Und sie hörten auch nicht auf, als man sie darum bat.»

Besorgte Eltern haben in den vergangenen Wochen solche Entgleisungen dokumentiert. Eine Mutter schreibt: «Meine Jüngere kam heute weinend nach Hause.» Unter Schülern hiesse es: «Alle, die nichts pro Palästina posten, sind Hurenkinder.» Ein Vater erzählt, eine Gruppe Schüler hätte seiner 13-jährigen Tochter ein Vergewaltigungsvideo vom 7. Oktober mit den Worten gezeigt: «Das werden wir mit dir ebenfalls tun.»

Kinder sollen schuld sein am Krieg

Seit dem 7. Oktober werden jüdische und israelischstämmige Schülerinnen und Schüler wegen ihrer Religion und Herkunft in der ganzen Schweiz vermehrt belästigt. Das erzählen Eltern von Kindern aus dem Raum Bern und Zürich dieser Zeitung. Ihre siebenjährige Tochter, sagt eine Mutter, sei von mehreren muslimischen Mädchen aus der Klasse gemobbt worden. Die Anführerin hätte andere dazu aufgerufen, nicht mit der Tochter zu spielen. Ein anderes Kind, das davon erzählte, wie seine Vorfahren im Holocaust gestorben waren, bekam von Mitschülern ein Hakenkreuz zugeschickt. Kippas werden den Jungen vom Kopf geschlagen. Die Eltern, deren Identität dieser Zeitung bekannt ist, möchten alle anonym bleiben, um ihre Kinder nicht noch mehr zu exponieren.

Andere Eltern berichten, wie ihre Kinder Insignien ihrer Religion oder ihrer Herkunft verstecken, aus Angst vor Angriffen. Ein Primarschulkind sei wegen seiner israelischen Wurzeln auf dem Pausenhof dermassen bedrängt worden, dass es sich ins Schulzimmer zurückziehen und dort das Ende der Pausen abwarten musste. Anlässlich einer Vortragsreihe in der Schule sei die Frage diskutiert worden, ob Israel ein Land sei, berichtet eine Mutter. Schülerinnen, welche die Frage bejahten, seien daraufhin beleidigt worden. Die Lehrerin habe dann einfach entschieden, dass Israel sich als Land nicht für einen Vortrag eigne.

Keine Strafanzeigen aus Angst

«Viele Vorfälle wären strafrechtlich relevant», sagt Thomas Patzko. Er ist beim Verein «Never again is now» aktiv, moderiert eine Whatsapp-Chatgruppe jüdischer Eltern und berät sie auch. «Aber viele Eltern scheuen eine Anzeige, weil dadurch ihre Kinder identifizierbar würden.» Beim Lehrpersonal ortet er eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit der Entwicklung seit dem 7. Oktober. «Ich weiss von verschiedenen jüdischen Familien, die ihre Kinder aus der Schule genommen haben, um sie zu Hause zu unterrichten oder in eine jüdische Schule zu schicken», so Patzko. Ene Lehrperson an einer jüdischen Schule bestätigt, dass es mehr Zulauf gegeben habe seit dem 7. Oktober.

In Zürich fordern mittlerweile verschiedene Politiker, es müsse mehr gegen Antisemitismus an den Schulen getan werden.

Zwar gibt es immer wieder Antirassismus-Projekte an Schulen, aber gerade für die Unterstufe scheint spezifisches Unterrichtsmaterial zu Antisemitismus zu fehlen. Das jedenfalls sagte ein Primarlehrer gegenüber der NZZ – auch er bleibt lieber anonym. Und offenbar ist die Botschaft auch noch nicht bis ganz oben durchgedrungen. Am Mittwoch sagte der Stadtzürcher Schuldirektor Filippo Leutenegger ge-

Hitlergruss und «Geh nach Auschwitz»

Diskriminierung an Schulen In der ganzen Schweiz werden jüdische Schüler wegen ihrer Religion oder Herkunft gemobbt. Die Bildungsverantwortlichen geben sich hilflos – oder reagieren mit Antirassismus-Kursen, die das Problem verkennen.

genüber dem «Regionaljournal Zürich», er wisse zwar von einzelnen Fällen, da die Schulleitung wegen Antisemitismus eingeschaltet worden sei, könne aber keine Welle der Intoleranz seit dem 7. Oktober beobachten.

Diese Aussage hält Patzko für verharmlosend. «Da frage ich mich, ob es an Sensibilität fehlt. Es nimmt massiv zu. Was wir in den sozialen Medien und den Whatsapp-Chats beobachten, ist beängstigend.»

Auch Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, spricht von einer Zunahme. «Antisemitische Vorfälle an Schulen haben im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Betroffen sind alle Altersstufen, von der Primarschule bis in die Oberstufe, insbesondere im Grossraum Zürich und Basel – dort gibt es auch die grössten jüdischen Gemeinden.»

Die Angriffe auf jüdische Schüler kämen von allen Seiten, hätten aber oftmals keinen politisch-ideologischen Hintergrund, so Kreutner weiter: «Sehr oft wird von den Kindern und Jugendlichen einfach etwas nachgesprochen, was sie in der Familie oder in den sozialen Medien gehört haben, ohne dies überhaupt richtig zu verstehen.»

In ihrer Verzweiflung wenden sich manche Eltern an die Lehrer und Schulleitungen. In Bern wurde eine Gruppe von Eltern diese Woche auch bei der städtischen und kantonalen Schulbehörde vorstellig. Man solle dem psychischen und physischen Schutz jüdischer Kinder und Jugendlicher mehr Gewicht schenken – gerade auch im Zuge der Messerattacke in Zürich, heisst es darin.

Berner Behörden beschwichtigen

Die Eltern sind auch unzufrieden mit den behördlichen Massnahmen gegen Antisemitismus. In Bern halten nämlich ausgerechnet die Macherinnen von «BabaneWS» Kurse gegen Rassismus und Hatespeech, ein unter anderem mit öffentlichen Fördergeldern finanziertes Newsportal. «BabaneWS» ist seit dem 7. Oktober wiederholt in die Schlagzeilen geraten, weil auf ihrem Instagram-Profil Inhalte veröffent-





Belästigung: Schülern werden regelmässig die Kippas vom Kopf geschlagen. Foto: Alamy

licht wurden, die als antisemitisch und antizionistisch empfunden werden. Auch das steht im erwähnten Schreiben, das dieser Redaktion vorliegt. Die Berner Bildungsdirektion sieht darin kein Problem, wie ihrem Antwortschreiben an die Eltern zu entnehmen ist. Die Macherinnen von «BabaneWS» seien «fachkompetente Kursanbieterinnen», schreibt sie.

Unter Eltern und Lehrern gibt auch der Instagram-Account «swissteachersforpalestine» zu reden. Darin fordert eine Primarschullehrerin auf Englisch andere Lehrer dazu auf, sich zusammenzuschliessen und sich solidarisch mit Palästina zu zeigen. Die Gruppe habe den Zweck, «zusammen aktiv zu werden, im Klassenzimmer und indem wir Aufmerksamkeit für Palästina wecken, sie durch Kinderbücher humanisieren, auch auf einer gesellschaftlichen Ebene, wo wir als Lehrer aktiv werden». So heisst es in einer Instagram-Story. Auf dem Account ist auch ein Verweis auf den Lehrplan 21 zu finden, wohl um anzuzeigen, dass die Aufforderung, im Schulzimmer aktiv zu werden, vom Lehrplan gedeckt sei.

Verlinkt ist der Account mit der internationalen Ausgabe «teachersforpalestine» aus Irland. Dort wird zum Boykott jüdischer Produkte aufgerufen, und man unterstützt die antisemitische Organisation BDS mit der Aufforderung, dies auch in die Schulen zu tragen.

Einseitige Beeinflussung durch Lehrer

Dem Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) ist die Existenz dieses Accounts bekannt, sagt dessen Sprecher Beat Schwendimann auf Nachfrage. «Der LCH wurde von besorgten Lehrpersonen auf diese Instagram-Gruppe hingewiesen», schreibt er. Über die Identität der dort auftretenden Lehrerin sei aber nichts bekannt. Es liege durchaus im Auftrag der Lehrpersonen, aktuelle politische Ereignisse in den Unterricht zu tragen.

Dabei sei aber wichtig, dass sie «ein Gleichgewicht zwischen Wertevermittlung und politischer Neutralität wahren, demokratische und humanistische Werte vermitteln und dabei parteipolitisch und religiös neutral bleiben». Hingegen widerspreche dem pädagogischen Auftrag «eine einseitige Beeinflussung oder das Aufzwingen persönlicher Meinungen, wie es beispielsweise bei der Palästina-Propagandakampagne der Fall sein kann».

Pro-Palästina-Propaganda ist bei jungen und linken Menschen attraktiv, wie sich fast wöchentlich an den entsprechenden Demonstrationen beobachten lässt. «Viele haben das Gefühl, sie stehen dort für die Schwachen ein, bringen sich ein gegen Kolonialismus und Unterdrückung. Das ist reizvoll», sagt Thomas Patzko. Den wenigsten dürfte bewusst sein, dass sie mit «Free Palestine»-Rufen oder «Intifada bis zum Sieg» die Vernichtung des Staates Israel und den Tod von Jüdinnen und Juden fordern.

Und wie sollen nun die Schulen und Bildungsdirektionen auf die angespannte Situation reagieren? Für Thomas Patzko ist klar: «Es braucht eine klare Haltung zum Thema Judenhass. Die Schulen müssten bei antisemitischen Vorfällen durchgreifen können und übergriffige Schüler zur Not der Schule verweisen.» Dass dies manchmal funktioniert, zeigt die Reaktion auf die Nazi-Äusserungen im eingangs erwähnten Chat. Die für die Hitler-Postings verantwortlichen Jugendlichen wurden freigestellt.